

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
39. Sitzung

25.11.1987
ni-ro

Dr. Posser bittet Herrn Mohr, ihm seine Vorstellungen über eine Lenkung des Übergangsverhaltens einmal näher zu erläutern.

Finde sich die SPD-Mehrheitsfraktion nicht bereit, Neueinstellungen im Rahmen der von der CDU vorgeschlagenen Größenordnung vorzunehmen, befürchtet Abg. Reul (CDU) folgende Konsequenzen:

- auf Dauer Chancenlosigkeit von kleineren Schulen,
- weitere Verringerung des Unterrichtsangebotes,
- Verschärfung des fächerspezifischen Unterrichtsausfalls,
- umfangreichere, noch kurzfristiger anberaumte Versetzungsaktionen und
- größere Klassen.

Weiterhin ergebe sich als Resultat der heutigen Aussprache: Der Finanzminister mache keine Angaben über die Verwendung der Saldierungsgewinne - es verlautete, der Finanzminister habe über 630 Stellen stillschweigend einkassiert, um den Haushalt zu konsolidieren. 630 Stellen, die rein rechnerisch aus diesen Gewinnen für eine Neubesetzung hätten zur Verfügung stehen müssen, seien im Haushaltsentwurf 1988 einfach "unter den Tisch gekehrt" worden. Er, Reul, halte dieses Vorgehen für abenteuerlich, zumal sich die Kolleginnen und Kollegen in dem guten Glauben, es würden dafür neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, hätten beurlauben lassen oder sich zur Teilzeitbeschäftigung bereit erklärt hätten. Deshalb die Forderung der CDU, zur Realisierung eines Einstellungskorridors zumindest die auf diese Weise freigewordenen Stellen heranzuziehen und sie zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebes auch im Jahre 1995 auf 1 500 aufzustocken! Die Opposition verlange schon nicht mehr eine Verbesserung der schulischen Situation, sondern lediglich einen Bestandsschutz.

Wenn der Finanzminister ausführe, ein Konzept erarbeiten zu wollen, um befristet Personen für Mangelfächer einzustellen, komme dies einem unfairen Jokerspiel mit den Saldierungsgewinnen gleich. Jedermann wisse darüber hinaus, daß befristete Verträge nicht nur rechtliche, sondern auch pädagogische Probleme mit sich brächten.

Finanzminister Dr. Posser beziffert die finanziellen Auswirkungen eines von der CDU in ihrem Antrag geforderten Einstellungskorridors für die Jahre 1988 bis 1992 in Höhe von jeweils 1 500 Lehrerinnen und Lehrern mit in:

1988	42 Millionen DM
1989	132 Millionen DM
1990	222 Millionen DM
1991	312 Millionen DM und
1992	402 Millionen DM.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
39. Sitzung

25.11.1987
ni-rc

Insgesamt beliefen sich die Kosten somit für die Jahre 1988 bis 1992 auf 1 110 000 000 DM, ab 1993 jährlich auf 450 Millionen DM.

Nicht zutreffend sei, daß die Saldierungsgewinne einkassiert würden. Bei Aufstellung des Haushalts im September 1986 habe man die Zahl der gemäß § 78 b LBG irriwerdenden Stellen noch nicht übersehen können. Nach neuestem Stand von Ende Oktober 1987 betrage sie 853.

Auf dieses Volumen sollten nach den Vorstellungen des Kultusministers die in § 7 a Abs. 3 Buchstabe c) des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1988 für die Erfüllung von Aufstockungsverpflichtungen in bezug auf 1986 eingestellte Personen - eine vom Landtag gewünschte Verpflichtung - vorgesehenen 220 Stellen angerechnet werden. Also blieben 633 Stellen übrig.

Zukünftige Neueinstellungen wolle der Kultusminister nicht mit einer Dreiviertelbeschäftigung, sondern, wegen der ansonsten zu erwartenden neuen Aufstockungsverpflichtungen, mit voller Pflichtstundenzahl vornehmen.

Aus den 1987 vorgenommenen Entfristungen von Dreiviertelverträgen und aus Neueinstellungen mit Dreiviertelbeschäftigung mit der gleichzeitigen Zusage auf Vollbeschäftigung nach zwei bzw. drei Jahren - Haushaltsgesetz § 7 a Abs. 3 Buchstabe c) - beständen schon weitere Aufstockungsverpflichtungen in einem Gesamtumfang von 850 Stellen, nämlich

- ab 1.2.1989 für 110 Stellen,
- ab 1.2.1990 für 650 Stellen und
- ab 1.8.1990 für 90 Stellen.

Diese Stellen würden selbstverständlich, so sein Vorschlag, aus diesen Gewinnen aufgestockt. Das Geld diene also dem Schulbereich und einem Zweck, den der Landtag als wichtig eingestuft habe.

Nachdem, so der Vorsitzende, die Liste der Wortmeldungen mit Zustimmung des Ausschusses geschlossen worden sei, danke er, der Vorsitzende, dem Finanzminister, obwohl dessen Auskünfte von den jeweils unterschiedlichen Positionen aus betrachtet nicht immer hätten befriedigen können, doch erkenne er auf der anderen Seite auch Ansätze, wie mit den zur Verfügung gestellten Mitteln trotzdem Verbesserungen möglich schienen. Der Ausschuß warte gespannt auf die entsprechenden Vorschläge der Landesregierung.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
39. Sitzung

25.11.1987
ni-ro

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2250
Ergänzung zu dem Gesetzentwurf
Drucksache 10/2530

Einzelplan 05 - Kultusminister

Vorlagen 10/1201, 10/1221 und 10/1280

in Verbindung mit § 19 des Gemeindefinanzierungsgesetzes
(GFG 1988) - Zuweisungen zu Schulbaumaßnahmen -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/2252

- Abstimmung

Der Vorsitzende erteilt Abg. Reul (CDU) zur Begründung der Anträge der CDU-Fraktion (s. Anlage 1) das Wort.

Vor Begründung der Anträge möchte Abg. Reul (CDU), da ihn die Einigung auf Schließung der Rednerliste vorhin daran gehindert habe, noch einige Feststellungen treffen.

Erstens: Die Berechnung des Finanzministers betreffend die Kosten eines Einstellungskorridors stimmten so nicht.

Zweitens: Die Aussage des Finanzministers bezüglich der Saldierungsgewinne habe er dahin gehend verstanden, daß dieser die Auffassung vertrete, vor "lauter Saldierung" bleibe im Grunde genommen nichts übrig, was gewinnbringend genutzt werden könnte...

Der Vorsitzende unterbricht Herrn Reul und weist darauf hin, daß diese Stellungnahme so nicht zulässig sei. - Es handele sich um eine persönliche Erklärung, betont Abg. Reul (CDU). - Diese hätte am Ende des Tagesordnungspunktes 1 abgegeben werden müssen, wie ein Mitglied der SPD-Fraktion einwirft. - Er, Reul, habe sich mehrmals zu Wort gemeldet, um eine persönliche Erklärung abzugeben, sei aber nie aufgerufen worden.

Zum Haushalt und damit zum ersten Antrag der CDU-Fraktion! Dieser betreffe den Einstellungskorridor, solle aber in veränderter Form zur Abstimmung kommen (s. Anlage 2). Sachlich bestehe zwischen diesen beiden Anträgen kein Unterschied.

Ausschuß für Schule und Weiterbildung
39. Sitzung

25.11.1987

ni-rc

Die genannten 633 Stellen könnten kostenneutral realisiert werden, da es sich um die alten Saldierungsgewinne handele. Hätte man das Verfahren der vergangenen Jahre wiederum angewandt, wären in diesem Jahr 633 Stellen ohne finanzielle Mehrausgaben wiederbesetzt worden.

Die Finanzierung zu Ziffer 2 werde durch die Verschiebung der Einstellung in den Referendardienst erbracht (s. Anlage 2).

Alle von der CDU vorgeschlagenen Maßnahmen bezögen sich nur auf den Haushalt 1988. Neu formuliert und damit aufgegliedert habe man den Antrag zum Einstellungskorridor in der Hoffnung, daß die SPD-Fraktion zumindest den ersten Teil mittrage.

Breit habe der Ausschuß darum gerungen, ob es sinnvoll sei, im Fortbildungsbereich (s. entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion in Anlage 1) etwas zu tun, und erkannt, daß man zwar einerseits mit den Haushaltsmitteln sparsam umgehen, zum anderen aber gerade im Bereich der neu geordneten Ausbildungsberufe Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrer schaffen müsse. Die notwendige Umschichtung der Mittel im einzelnen wolle man dem über detaillierteres Wissen verfügenden Kultusminister anheimstellen.

Die Meinung der F.D.P.-Fraktion zur Konsolidierung des Haushalts ist, wie Abg. Wickel (F.D.P.) darlegt, vom Finanzminister überwiegend bestätigt worden. Aus den schon bekannten Gründen lehne die F.D.P. den gesamten Haushalt ab und verzichte deshalb folgerichtig auf Anträge zu einzelnen Positionen.

Frau Abg. Matthäus (CDU) fragt sich, Lehrer welcher Schulformen der Fortbildung in "Friedenserziehung" bedürften.

Nach den Worten von Kultusminister Schwier stehe die Fortbildung im Bereich "Friedenserziehung" im Zusammenhang mit einem diesbezüglich ergangenen Erlass und neu erarbeiteten Materialien.

Unverständlich erscheint es Frau Abg. Matthäus (CDU), daß für die Fortbildung auf einem Gebiet, welches nicht nur Lehrer, sondern jeden Mitbürger angehe, 100 000 DM aufgewandt werden müßten und gerade die Information über diesen Sektor nicht zu den Aufgaben zähle, deren Wahrnehmung einem Lehrer neben dem Dienst in der Schule zugemutet werden könne.

Abg. Hilgers (SPD) unterrichtet darüber, Erfahrungen einschlägig tätiger Wissenschaftler besagten, daß es z. B. ein Problem darstelle, Kinder beispielsweise mit Fragen der atomaren Bedrohung zu konfrontieren. Nach psychologischen Grundsätzen mit diesen Dingen umzugehen sei nicht der einzelne in der Lage zu leisten.